

Für eine politische, kulturelle und strategische Wende an der Spitze der Sozialdemokratie

Nach 15 Regierungsmonaten hat sich jener Eindruck, der in den ersten Tagen der großen Koalition im Jänner 2007 entstand, als richtig erwiesen. Selbst wenn in der Bundesregierung manche positive Akzente gesetzt wurden und den Minister/innen der SPÖ ein ehrliches Bemühen um die Sache nicht abgesprochen werden kann, die Bilanz der Regierungsbeteiligung fällt in Summe negativ aus. Die Führungsspitze der SPÖ ist in einem Bündnis gefangen, das wenig Spielraum für sozialdemokratische Initiativen zulässt und unserer Bewegung unterm Strich mehr schadet als nützt. Die politischen Inhalte, die demokratische Kultur und die strategische Ausrichtung der SPÖ-Führung bedürfen in Partei und Regierung einer Kehrtwende.

I. Inhalte: Wofür die österreichische Sozialdemokratie im Jahr 2008 kämpfen sollte

Für Verteilung: Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen nimmt in Österreich seit drei Jahrzehnten zugunsten der Kapitaleinkommen ab, gleichzeitig wird auch die Verteilung innerhalb der Lohneinkommen immer ungleicher und die Zahl der armutsgefährdeten Menschen wächst. Unternehmen machen Rekordgewinne während die Löhne stagnieren. Die Sozialdemokratie sollte sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren, diesen Fehlentwicklungen mittels Verteilungspolitik entgegenzutreten. Die SPÖ-Führung hat es im Regierungsübereinkommen verabsäumt, verteilungswirksame Maßnahmen unterzubringen, stattdessen wurden die für Wenigverdienende besonders belastenden Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozentpunkte erhöht. Kurz darauf wurde das Auslaufen der Erbschaftssteuer, einer treffsicheren Reichensteuer, kampflos hingenommen. Die Mindestpensionen für Alleinstehende wurden zwar um 726 auf 747 um erfreuliche 2,9 Prozent erhöht, allerdings galt dies nur für Menschen mit Anspruch auf Mindestpension. Personen die weniger als die Mindestpension erhalten weil ihr/e Ehepartner/in eine höhere Pension bezieht, erhielten nur eine Erhöhung von 1,7%. Almosen, wie sie im Falle der Inflationsbekämpfung angedacht wurden, sind kein Instrument für nachhaltige Umverteilung.

Für die Akzeptanz der Migration: Im Jahr 2007 hatten laut Statistik Austria zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung keine österreichische Staatsbürger/innenschaft, 15 Prozent der hier lebenden Menschen wurden im Ausland geboren. Gemäß der letzten Volkszählung lebten im Jahr 2001 in Wien rund 400.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer Fertilitätsrate von 1,41 (2006) kann der Bevölkerungsstand ohne Zuwanderung nicht aufrecht erhalten werden, die Auswirkungen eines Zuwanderungsstopps auf die Volkswirtschaft und die Sozialversicherungssysteme wären mittelfristig entsprechend katastrophal.

In vielen Ländern und Kommunen wo Sozialdemokrat/innen politische Verantwortung tragen werden die genannten Fakten berücksichtigt. Auf Bundesebene scheut es die SPÖ jedoch beim Thema Migration in die Offensive zu gehen und lässt sich aus Angst vor den Wähler/innen von ÖVP/FPÖ/BZÖ vor sich hertreiben. Nicht nur die staatspolitische Vernunft, auch das sozialdemokratische Prinzip, stets als Anwältin und Bewegung der Schwächsten in der Gesellschaft zu agieren, sollten die SPÖ-Führung dazu veranlassen, offensiv für die Situation der MigrantInnen und für eine akzeptable Regelung der Zuwanderung einzutreten. Eine klare Linie werden die meisten Wähler/innen respektieren, jene deren Ausländerhass die subjektive Wichtigkeit anderer politischer Themen übersteigt, werden immer den blau-orangen Schmied, nie

jedoch den roten Schmiedl wählen. Die Integration von Migrant/innen muss zu einer Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik werden, Migration sollte von der SPÖ künftig als Bereicherung und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.

Für mehr Gleichberechtigung: Mit der Flexibilisierung des Kindergeldes und den Investitionen in die Ausbildung von Tagesmüttern/vätern im Ausmaß von 15 Mio. Euro jährlich (weitere 20 Mio. schießen die Länder zu), wurden positive Akzente gesetzt. Immerhin 8.000 neue Betreuungsplätze sollen somit jährlich entstehen, vor allem für Ein- bis Dreijährige. Auch die Kampagne gegen Gewalt in der Familie fällt positiv auf. Trotzdem soll beim Thema Frauengleichstellung offensiver vorgegangen werden: Im Bereich der staatlich angebotenen kostenlosen Kinderbetreuung gibt es massiven Investitionsbedarf, Tagesmütter/väter wird sich nur ein Teil der Bevölkerung leisten können. Auch in der Privatwirtschaft sind Maßnahmen notwendig, Vorbildcharakter hat etwa die norwegische Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen, die per Gesetz 40% betragen muss. Vor Inkrafttreten des Gesetzes waren nur 18% der Aufsichtsratsmitglieder weiblich.

Für uneingeschränkte Bildungschancen: Wie bei der Gleichberechtigung war beim Themenbereich Schulbildung ein deutliches Engagement der Bundesregierung spürbar, nicht zuletzt Dank des Einsatzes der zuständigen Ministerin Schmied. Die Erfolge halten sich vorerst leider in Grenzen und es besteht die Gefahr, genau jene Fehler zu wiederholen, die in Deutschland zu einem drei- oder sogar viergliedrigen Schulsystem geführt haben: Die Einführung einer als „Gesamtschule“ bezeichneten, zusätzlichen Schulform parallel zu Hauptschule und Gymnasium. Eine echte Gesamtschule flankiert von einer Modernisierung des Schulsystems und der Lehrer/innenfortbildung, eine Offensive im Bereich der Berufsschule und der Förderung von Migrant/innen sowie massive Investitionen in die Universitätslandschaft bei gleichzeitiger Abschaffung sämtlicher Hürden und Zugangsbeschränkungen – inklusive Studiengebühren – müssen die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik sein.

II. Demokratische Kultur: Wie die österreichische Sozialdemokratie im Jahr 2008 ihren Kampf demokratisch legitimieren sollte

Das Leben einer demokratischen Kultur beginnt in der eigenen Partei, die SPÖ-Führung sollte ihre eigenen Gremien nicht ignorieren und mehr Widerspruch zulassen. Es mag auf den ersten Blick paradox wirken, tatsächlich kann nach außen eine einheitliche Linie jedoch eher vertreten werden, wenn die innere Entscheidungsfindung einigermaßen partizipativ war. Des weiteren sollten parlamentarische Einrichtungen ernst genommen werden, die Kontrollrechte des Parlaments und der Opposition gegenüber der Regierung sind Eckpfeiler der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung. Überdies ist ein gemeinsames Engagement des SP-Regierungsteam für jedes einzelne sozialdemokratische Projekt anstelle isolierter Einzelkämpfe erforderlich. Die SPÖ-Führung hat jedoch eine demokratische Unkultur zu verantworten:

- Der SPÖ-Parteivorstand wurde im Jänner 2007 vor vollendete Tatsachen gestellt, eine Entscheidung über das Regierungsübereinkommen wurde nach der medialen Bekanntgabe des fertigen Verhandlungsergebnisses zur reinen Farce.
- Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Thema Eurofighter wurde, trotz auf der Hand liegender Schmiergeldzahlungen, Mitte 2007 aus Koalitionsrason aufgelöst.

- Die eigene Justizministerin wird über Gesetzesentwürfe in ihrem Themenbereich per Tischvorlage im Ministerrat informiert, so geschehen im Falle des Asylgerichtshofes (siehe Berger-Interview Falter 48/2007).
- Ein gemeinsames Engagement für sozialdemokratische Projekte unter der Führung des Regierungschefs gibt es nicht, Minister/innen werden mit ihren Vorhaben alleine im Regen stehen gelassen. Die Debatte über die Gesamtschule musste Claudia Schmid beispielsweise wochenlang ohne Rückendeckung aber unter ÖVP-Dauerbeschuss durchstehen.

III. Strategie: Wie die österreichische Sozialdemokratie ihren Kampf im Jahr 2008 strategisch ausrichten sollte

Die Sozialdemokratie möchte die Gesellschaft stetig verändern, sie ist somit zur permanenten Offensive verdammt. Wenn die eigenen Positionen richtig und konsistent sind, können sie auch voll Selbstbewusstsein propagiert werden. Natürlich besteht ein gewisses Risiko darin, in einer Mediengesellschaft mit Positionen so zu den Menschen durchzudringen, wie sie gemeint sind. Doch Risiko ist die Voraussetzung, um den gesellschaftlichen Konsens zu ändern und ideologische Überzeugungen in die soziale Realität umzusetzen. Nur wer in der Offensive ist, hat das Gesetz des Handelns auf seiner Seite. Es liegt vor allem auch an der SPÖ ob über Verteilung, Bildung, Integration und Frauenpolitik, oder über „kriminelle Ausländer/innen“ diskutiert wird.

Das Kleben am Posten um des Postens willen und die persönliche Eitelkeit können diese Risikobereitschaft drastisch reduzieren. Die SPÖ-Führung hat nie riskiert und meistens verloren. Zuerst die Regierungsverhandlungen, dann etliche Konflikte um Sachthemen. Alfred Gusenbauer und Co. betrachten den gesellschaftlichen Konsens als statisches Faktum und nicht als veränderbaren Prozess, somit trauen sie sich nie, die Notwendigkeit von Veränderung – etwa beim Thema Umverteilung – zu betonen. In der Tageszeitung „Der Standard“ vom 30. Jänner 2008 machten einige SP-Funktionär/innen ihrem Ärger diesbezüglich Luft. SPÖ-Tirol Chef Hannes Gschwentner bezeichnete die Resultate der Regierung als „faule Kompromisse“, und betonte es sei an der Zeit, dass Gusenbauer der ÖVP endlich die Stirn biete. „Wir gaben nach, wo wir nie nachgeben hätten dürfen,“ bringt der steirische Landesrat Kurt Flecker die Situation auf den Punkt und der oberösterreichische Landesrat Josef Ackerl ist der Meinung, die SPÖ müsse Konflikte riskieren und Härte zeigen. „Wer ständig mit der weißen Fahne wachelt, wird es nicht weit bringen“, so Ackerl. Bürgermeister Häupl bezeichnete die lasche Performance der SPÖ in der Regierung treffend als „Harmonisierungsfälle“ (Profil 5/2008).

Die SPÖ Alsergrund setzt sich ein für:

- eine **politische Wende** an der SPÖ-Spitze: Eine klar erkennbare sozialdemokratische Programmatik muss vor allem in den Bereichen Verteilung und Migration sichtbar werden.
- eine **kulturelle Wende** in der Sozialdemokratie: Entscheidungsprozesse müssen zumindest innerhalb der statutarisch vorgesehenen Demokratiestandards ablaufen. Beschlüsse von Gremien haben künftig befolgt zu werden.

- eine **strategischen Wende**: Wir vertreten deshalb Positionen, weil wir sie für richtig halten; Es ist keine Schande diese Positionen auch selbstbewusst zu argumentieren. Nur wer in der Offensive ist, hat das Gesetz des Handelns auf seiner Seite.
- die Abwahl Alfred Gusenbauers als Parteivorsitzenden, weil er das personelle Hindernis für eine politische, kulturelle und strategische Wende in der Sozialdemokratie ist.
- Dieser Antrag wird am Landesparteitag der SPÖ Wien gestellt